

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einführung	23
A. Problemdarstellung	23
B. Das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte	26
C. Zum Begriff „Syndikusanwalt“ und „Syndikusrechtsanwalt“ im Kontext der Rechtsordnung	27
D. Aufgabenstellung und Gang der Untersuchung	29
 Kapitel 1 – Die Entwicklung des Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte	 33
A. Das Obiter-Dictum-Urteil des Bundessozialgerichts	33
B. Die berufsrechtliche Rechtsprechung zum Syndikusrechtsanwalt	37
I. Die Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zur Doppelberufstheorie	38
II. Die Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts	42
III. Der Europäische Gerichtshof zum Berufsbild des Syndikusanwalts	44
C. Die sozialgerichtliche Rechtsprechung zur Befreiung des Syndikusanwalts von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht	47
I. Die Vertreter der sog. Vier-Kriterien-Theorie	47
II. Die entgegenstehende Rechtsprechung	50
D. Die gesetzgeberische Entscheidung zum Erlass eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte	51
I. Die Folgeentscheidungen in der sozialgerichtlichen Rechtsprechung	52
II. Die Auffassung im Schrifttum	53
III. Die gesetzgeberische Entscheidung	54

Kapitel 2 – Das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte	55
A. Das Regelungsziel des Gesetzes	55
B. Das Gesetzgebungsverfahren	56
I. Die Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers	57
II. Die Wahrung der Friedensgrenze	63
1. Die historische Etablierung von Versorgungswerken	64
2. Die wesentlichen Strukturelemente von Versorgungswerken	67
3. Die Notwendigkeit der Grenzziehung zwischen Versorgungswerken und der gesetzlichen Rentenversicherung	72
4. Exkurs: Die Etablierung eines gemeinen Alterssicherungssystems	74
III. Die Einordnung einer Regelungsmaterie im Gefüge des Berufs- und Sozialrechts	78
1. Die Einordnung einer Neuregelung für Syndikusanwälte aus rechtsdogmatischer Sicht	78
a) Die Regelung einer Befreiungsnorm in der jeweiligen Berufsordnung	79
b) Eine rentenversicherungsrechtliche Lösung	79
c) Die Generalverweisung in die Bundesrechtsanwaltsordnung	81
2. Vorschläge in der Literatur	82
a) Änderungen in der Bundesrechtsanwaltsordnung	82
b) Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	84
3. Zwischenergebnis	85
IV. Ergebnis	85
C. Die Voraussetzungen der Befreiung von Syndikusanwälten von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht	85
I. Die Pflichtmitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer	86
1. Die Verfassungsmäßigkeit der Implementierung einer Zulassungsnorm für Syndikusanwälte	87
a) Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft für Syndikusanwälte unter Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Vorgaben	88

aa) Die Zulassung zum Syndikusrechtsanwalt unter Berücksichtigung von Art. 12 GG	88
(1) Die Tätigkeit des Syndikusrechtsanwalts als geschütztes Rechtsgut von Art. 12 GG	88
(a) Die geschichtliche Entwicklung des Syndikusanwalts	91
(b) Die Eröffnung des Schutzbereichs	94
(2) Eingriff in die Berufsfreiheit	95
bb) Die Zulassung zum Syndikusrechtsanwalt unter Berücksichtigung von Art. 14 GG	96
cc) Die Zulassung zum Syndikusrechtsanwalt unter Berücksichtigung von Art. 2 Abs. 1 GG	98
b) Die Verpflichtung zur Zulassung	98
aa) Der unzulässige Schutz der Arbeitgeber	99
bb) Die Unverhältnismäßigkeit einer Zulassungsverpflichtung	102
c) Ergebnis	103
2. Die Zulassungsversagungsgründe	103
a) Die Unvereinbarkeit mit einer Nebentätigkeit	104
b) Der Vermögensverfall	105
3. Die Tätigkeitsanforderungen nach § 46 Abs. 2 bis 5 BRAO ...	106
a) Die fachliche Unabhängigkeit des Syndikusrechtsanwalts	107
aa) Der Syndikusrechtsanwalt als unabhängiges Organ der Rechtspflege – §§ 1, 3 BRAO	109
bb) Der Begriff der Unabhängigkeit in § 3 Abs. 1 BRAO	114
cc) Der Begriff der fachlichen Unabhängigkeit in § 46 Abs. 4 BRAO	116
b) Die Eigenverantwortlichkeit	118
aa) Die Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung	120
bb) Die Übertragung der privilegierten Arbeitnehmerhaftung auf Syndikusrechtsanwälte ...	122
cc) Die Berufshaftpflichtversicherung für Syndikusanwälte	127

dd) Zwischenergebnis	128
c) Die tätigkeitsbezogenen Merkmale	129
aa) Die Prüfung von Rechtsfragen	130
(1) Die Rechtsprüfung	130
(2) Der Umfang der Beratung und ihre Auswirkungen	132
bb) Die Rechtsraterteilung	134
(1) Der Rechtsrat	134
(2) Die Abgrenzung zur Rechtsvermittlung nach der Vier-Kriterien-Theorie	135
(3) Die Rechtsraterteilung als Rechtsberatung im Sinne von § 3 Abs. 1 BRAO	136
cc) Die Gestaltung von Rechtsverhältnissen	137
(1) Das selbständige Führen von Verhandlungen und die Verwirklichung von Rechten	137
(2) Die Ausrichtung der Tätigkeit auf die Gestaltung von Rechtsverhältnissen	138
(3) Die Vereinbarkeit mit dem Vertretungspostulat in § 3 Abs. 1 BRAO	139
(4) Die Rechtsgestaltung nach der Vier- Kriterien-Theorie	140
(5) Kritik und Empfehlung	140
dd) Die Befugnis zur Vertretung nach außen	141
(1) Die fehlende Außenvertretung unter Bezugnahme auf § 3 Abs. 1 BRAO	142
(2) Der Umfang der Rechtsvertretung	143
ee) Zwischenergebnis	144
d) Die Kumulation aller vier Merkmale	144
aa) Die Differenzierung zwischen zwei Vergleichsgruppen	145
bb) Rechtfertigungsmaßstab	146
(1) Der mit der Kumulation aller vier Merkmale verbundene Zweck	148
(2) Die grundsätzliche Eignung des kumulativen Kriteriums	149

(3) Die Erforderlichkeit	150
(a) Der Verzicht auf die Darstellung einer anwaltlichen Tätigkeit	150
(b) Der Verzicht auf das Kumulationserfordernis	150
(c) Die eingeschränkte Überprüfung der anwaltlichen Tätigkeit	151
(4) Die Angemessenheit des Kumulationserfordernisses	151
cc) Zwischenergebnis	153
e) Die anwaltliche Tätigkeit als prägendes Element	153
4. Ergebnis	155
II. Die Pflichtmitgliedschaft im berufsständischen Versorgungswerk	155
1. Das Verbot nicht gerechtfertigter Ungleichbehandlung – Art. 3 Abs. 1 GG	156
2. Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz	157
3. Verstoß gegen europarechtliche Vorschriften	158
4. Anreize durch Neuregelung	159
5. Ausblick	160
III. Die Kausalität zwischen der Tätigkeit und der Mitgliedschaft einer öffentlich-rechtlichen Versicherungseinrichtung sowie der Mitgliedschaft einer berufsständischen Kammer	160
Kapitel 3 – Rechtsfolgen	163
A. Das Antragsverfahren	163
I. Die Wirkung von Befreiungsbescheiden	164
1. Die Reichweite bestandskräftiger Befreiungsbescheide	164
2. Die Durchbrechung der Bestandskraft von Verwaltungsakten	166
a) Das Regelungssystem der §§ 44 – 49 SGB X	166
aa) Die Rücknahme eines anfänglich rechtswidrigen Verwaltungsaktes	166
bb) Die Aufhebung eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes	167

	(1) Arbeitgeberwechsel	168
	(2) Änderung der Gesetzeslage	168
	(3) Exkurs: Widerruf der Zulassung unter Berücksichtigung der Neuregelung	169
	cc) § 44 SGB X	170
	b) Erledigung auf sonstige Weise, § 39 Abs. 2 SGB X a.E.	171
	c) Zwischenergebnis	174
	3. Die Erforderlichkeit einer neuen Antragstellung	174
	4. Ausnahmen zur Antragstellung nach den Urteilen des Bundessozialgerichts vom 03.04.2014	177
	a) Der Grundsatz von Treu und Glauben	177
	b) Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch	177
	c) Der Vertrauensschutz	178
	d) Stellungnahme	179
	5. Ergebnis	180
II.	Die rückwirkende Befreiung gem. § 231 Abs. 4b, 4c SGB VI	181
	1. Die Rückwirkungsregelung des § 231 Abs. 4b S. 4 SGB VI ...	183
	2. Die teleologische Reduktion des § 231 Abs. 4b S. 5 SGB VI ...	186
	3. Die Fortwirkung der Befreiung nach § 231 Abs. 4c SGB VI ...	188
III.	Die Rückabwicklung von Beiträgen	188
	1. Die Rückabwicklung bei fälschlicherweise gezahlten Beiträgen an das Versorgungswerk	188
	a) Ansprüche des Arbeitgebers gegen das Versorgungswerk	189
	b) Ansprüche des Arbeitnehmers gegen das Versorgungswerk	190
	c) Ansprüche des Arbeitgebers gegen den Arbeitnehmer ...	190
	d) Ansprüche der Rentenversicherungsträger	191
	2. Die Neuregelung gem. § 286f SGB VI bei rückwirkender Befreiung	191
IV.	Die Erstreckung der Befreiung auf vorübergehende Tätigkeiten	193
V.	Der Zulassungszeitpunkt als maßgebliches Kriterium	195

B. Das Verwaltungs- und Gerichtsverfahren	196
I. Die Zuständigkeit für die Überprüfung der Befreiungsvoraussetzungen	196
II. Die Entscheidung über die Zulassung zum Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)	196
III. Beteiligung der Rentenversicherungsträger	197
IV. Einwirkungsmöglichkeit der Rentenversicherungsträger	199
V. Zuständigkeit der Anwaltsgerichtshöfe	200
VI. Ausblick	200
 Kapitel 4 – Schlussbetrachtung	 203
A. Zusammenfassende Thesen	203
B. Fazit	208
 Literaturverzeichnis	 211